



25/SVV/0433

Antrag
öffentlich

Vorfinanzierung Bildungs- und Teilhabeleistungen (BuT)

<i>Einreicher:</i> Fraktion DIE aNDERE	<i>Datum</i> 12.05.2025
---	----------------------------

<i>geplante Sitzungstermine</i> 11.06.2025	<i>Gremium</i> Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	<i>Zuständigkeit</i> Entscheidung
---	---	--------------------------------------

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam übernimmt künftig auf Antrag die Bezahlung von Essensgeld, Bildungsangeboten, Vereinsbeiträgen, Klassenfahrten u.ä. für Kinder, deren Eltern für diese Leistungen Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) beantragt haben und finanziell nicht in der Lage sind, die Kosten vorzufinanzieren.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine niedrigschwellige Regelung und ein Informationsschreiben für antragstellende Eltern zu entwickeln.

Die Stadtverordnetenversammlung soll im Juli 2025 über den Sachstand informiert werden.

Begründung:

Lange Wartezeiten bei der Bewilligung von Sozialleistungen bringen in erster Linie Menschen in Bedrängnis, die auf schnelle Unterstützung angewiesen sind. Wenn Anträge auf BuT-Mittel mehr als ein halbes Jahr nicht bewilligt werden, können manche Familien das Schulessen oder Kursgebühren nicht mehr vorfinanzieren. Mitunter werden dann sogar Kinder vom Schulessen oder von Klassenfahrten abgemeldet. Um dies zukünftig zu verhindern, soll die Landeshauptstadt Potsdam die Kosten direkt bezahlen und die vorgestreckten Mittel nach der Bewilligung der Anträge mit der Kostenerstattung verrechnen. Dies ist ein wichtiger Beitrag, um den Zugang zu Bildung barriereärmer zu gestalten.

Anlagen:

Keine